

Aus:

CHRISTOPH BIEBER, CLAUS LEGGEWIE (Hg.)

Unter Piraten

Erkundungen in einer neuen politischen Arena

Mai 2012, ca. 240 Seiten, kart., ca. 19,80 €, ISBN 978-3-8376-2071-9

Mit dem Erfolg bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin ist die Piratenpartei in Politik und Öffentlichkeit angekommen. Sind die Piraten nur ein Übergangsphänomen, das von der Schlafmützigkeit des Establishments profitiert, oder gibt es ein Potenzial für nachhaltige Verschiebungen im politischen Koordinatensystem? Bildet ein »digitaler Wertekanon« im Spannungsfeld von Offenheit, Dezentralität und Beteiligung die Basis für eine neue politische Arena? Oder sind Themen wie Urheberrecht, Datenschutz und Netzneutralität lediglich Modeerscheinungen? Werden mit Stilmitteln wie »radikale Transparenz« und »liquid democracy« neue Zugänge für Kooperation und Beteiligung in politischen Organisationen entwickelt?

Diesen und weiteren Fragen widmet sich der Band und nimmt damit eine erste Bestandsaufnahme und kulturelle Deutung eines neuen politischen Phänomens vor.

Christoph Bieber (Prof. Dr.) ist Inhaber der Welker-Stiftungsprofessur für »Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft« an der Universität Duisburg-Essen.

Claus Leggewie (Prof. Dr.) ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/ts2071/ts2071.php

Inhalt

Christoph Bieber | 9

Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei.

Eine (ermunternde) Einleitung

ENTERN

Leonhard Dobusch und Kirsten Gollatz | 25

Piraten zwischen transnationaler Bewegung und lokalem Phänomen

Alexander Hensel | 41

Das Milieu der Piraten: Die Erben der Internetkultur

Mathias Mertens | 53

Nerds. Computer. Piraten.

Die kulturgeschichtliche Erklärung eines Syllogismus

Lawrence Lessig | 67

Leidenschaft.

Tea Party, Occupy Wall Street und der Antrieb politischer Bewegungen

Claudio Gallio | 81

Orange.

Von der flüchtigen Protest- zur etablierten Lagerfarbe?

ÄNDERN

Michael Seemann | 91

Plattformneutralität – das politische Denken der Piraten

Frieder Vogelmann | 101

Der Traum der Transparenz.

Neue alte Betriebssysteme

Daniel Constein und Silke Helfrich | 113

Commons und Piraten.

Eine programmatische Schatzsuche

Kai-Uwe Hellmann | 127

Barcamps als kommunikative Treffpunkte der Internetszene

Dirk von Gehlen | 137

Freibeuter im Netz – eine Netzpolitik ohne geistiges Eigentum?

Jasmin Siri und Paula-Irene Villa | 145

Piratinnen – Fehlanzeige Gender?

NEUSTART

Jörn Lamla und Hartmut Rosa | 175

Beschleunigungsphänomen und demokratisches Experiment.

Auf welche Problemlage reagieren die Piraten?

Sigrid Baringhorst und Mundo Yang | 187

Protestkulturen und Parteigründungen – das Beispiel der Piraten

Karl-Rudolf Korte | 199

Der Altmaier-Effekt: Was lernen etablierte Parteien von den Piraten?

Stefan Marschall | 211

Single Issue – Null Chance?

Was verrät der Erfolg der Piratenpartei über die Perspektiven von Ein-Themen-Parteien im politischen System Deutschlands?

Thorsten Faas und Marc Debus | 223

Die Piraten am Wahlomat.

Programme und inhaltliche Standpunkte einer (relativ) neuen Partei

Claus Leggewie | 233

Den Laptop auch mal zuklappen.

Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung –
eine skeptische Nachbetrachtung

Autorinnen und Autoren | 241

Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei

Eine (ermunternde) Einleitung

Christoph Bieber

Seit der formalen Gründung am 10. September 2006 sind noch keine sechs Jahre vergangen – inzwischen sitzen Vertreter dieser Gruppierung in zwei Länderparlamenten, 153 »Kommunalpiraten« verteilen sich auf zahlreiche Stadt-, Gemeinde- oder Bezirksvertretungen und in den Meinungsumfragen notiert die Partei bei der virtuellen Sonntagsfrage inzwischen durchgängig oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Noch deutlich beschleunigter stellt sich die Entwicklung mit Blick auf den zweiten, eigentlichen »Gründungsprozess« der Piratenpartei im Frühjahr 2009 dar. Mit der Debatte um das »Zugangerschwerungsgesetz« und mit der versuchten Einrichtung sogenannter »Internetsperren« und der Zensursula-Kampagne als Katalysator setzte ein explosionsartiges Mitgliederwachstum ein, die Europa- und Bundestagswahlen lieferten erste Achtungserfolge.

Weit wichtiger noch als die Erfolge an der Urne – die mit Werten um zwei Prozent nicht übermäßig eindrucksvoll ausgefallen waren – erscheint jedoch die Organisationsentwicklung »hinter« den Wahlergebnissen und vor allem einer immer hitziger werdenden öffentlichen Debatte. Während im Wahljahr 2009 noch eher ratlos-besorgte oder hämische Fragen dominierten (»Wer sind die Piraten eigentlich und was wollen sie?«), so schlagen die rhetorischen Wellen im Frühjahr 2012 ungleich höher: Nach dem überraschenden Parlamenteinzug im Saarland am 25. März reichen die veröffentlichten Zuschreibungen von »Tyrannei der Masse« bis »Geschenk für den Parlamentarismus«.

Die semantische Reifung der Kommentare ist bemerkenswert, sie deutet nämlich an, dass die Piratenpartei inzwischen auch als politisches Phänomen wahrgenommen wird. Zuvor dominierten vor allem nautische Metaphern die mediale Verarbeitung – »Kaperfahrten«, »Beutezüge« etc. – natürlich nutzen aber auch die Piraten eine Verankerung in einer scheinbar politikfernen, mindestens aber ambivalenten Symbolwelt, um sich als Eindringlinge in ein bestehendes System zu markieren. Wichtiger ist: Durch die Mehrdeutigkeit des »Enterns« lässt sich zugleich eine Verbindung zum zweiten wichtigen Verweis-

system für die Verortung der Partei herstellen – die »Enter«-Taste auf dem Computer wird zum Abschluss verschiedener Eingaben verwendet, die dann einen bestimmten Prozessablauf auslösen. Aus dieser Perspektive liest sich der Weg durch die Länderparlamente eher wie eine Art längerfristig angelegte Befehls-eingabe, ein würdiger Abschluss dieser »politischen Programmierfähigkeit« wäre dann der Einzug in den Bundestag (spätestens) im Jahr 2013.

Mittels einer weiteren kleinen Verschiebung hat die Piratenpartei auch ihren zentralen Slogan entwickelt: »Klarmachen zum Ändern« wird nicht nur in den diversen Wahlkampagnen verwendet, er überschreibt auch die Partei-Homepage, auf der durch verschiedene Elemente und Signale ebenfalls der dreifache Verweisraum »Seefahrt«, »Computer« und »Politik« aufgespannt wird. Besonders interessant erscheint dabei der Begriff des »Änderns« mit Blick auf den zeitlichen Entstehungskontext: Bereits im hessischen Landtagswahlkampf 2008, dem ersten (mit 6962 Stimmen bzw. 0,3 Prozent wenig erfolgreichen) Auftritt der Piraten auf der politischen Bühne, hieß es »Klarmachen zum Ändern«. Im November des gleichen Jahres führte die beinahe zwei Jahre andauernde »Change«-Kampagne Barack Obama bis in das Weiße Haus, auch hier spielte das Internet eine zentrale Rolle bei der Vermittlung programmatischer Inhalte und der organisatorischen Umsetzung eines »Mitmach-Wahlkampfes« (Bieber 2010). Es wird klar, dass die Piraten Teil einer Bewegung von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie sind, die sich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf den Straßen und im Netz herausbildete.

Die Entwicklung der Piratenpartei vollzieht sich in einem kreativen Dialog zwischen der Nutzung neuer Formate der Online-Kommunikation, der Ausbreitung des Internets zum Massen- und Alltagsmedium sowie einem eher diffusen, aber drängender gewordenen Wunsch nach Veränderung. Die Rückbindung politischer Erneuerungsansätze an die Computer- bzw. Internetkultur ist dabei keineswegs eine deutsche Besonderheit, bereits vor der Präsidentschaftswahl 2008 war die einschlägige Textsammlung *Rebooting America. Ideas for Redesigning American Democracy for the Internet Age* erschienen, die eine Vielzahl von Themen und Autoren versammelt hatte und einen »Neustart der amerikanischen Demokratie« gefordert hatte. Auch hier formierte sich eine technikaffine Gruppe und entwickelte Ideen und Ansätze für eine Modernisierung demokratischer Prozesse und Strukturen, allerdings in Gestalt eines losen Netzwerks von Aktivisten, Entwicklern und Wissenschaftlern, die sich in ihren jeweiligen beruflichen Kontexten mit den gesellschaftlichen Auswirkungen internetbasierter Kommunikation auseinandergesetzt hatten. Abseits der parteipolitisch und vor allem personell gebundenen Aktivität unter dem »Change«-Signet der »Obama for America«-Kampagne war eine Akteurskonstellation entstanden, die noch immer Einfluss auf die Modernisierung der Politik ausübt – allerdings längst nicht mehr nur im Sinne einer wohlwollenden Unterstützung für den Präsidenten, sondern oft mit einem kritischen Impetus, der sich zunehmend

gegen einen ausbleibenden »Reboot« wendet – der Neustart eines deutlich veränderten politischen Systems ist ausgeblieben.

Nach dem weitgehend verpufften »Obama-Effekt« des Jahres 2008 lassen sich weltweit zahlreiche weitere Episoden erzählen, die sich mit dem Begriffspaar Entern/Ändern beschreiben lassen: die WikiLeaks-Enthüllungen oder die Anonymus-Attacken passen in dieses Raster, aber auch das Aufkommen der Tea Party oder die vielgestaltigen Occupy-Proteste. Auch dem »arabischen Frühling« werden ähnliche Tribute zugeschrieben, doch ist es hier ebenso wenig zu echten »Neustarts« politischer Systeme gekommen wie im Feld der beiden vorgenannten Protestbewegungen.

INHALT UND FORM?

Insofern ist auch die Piratenpartei zunächst einmal als ein Phänomen des »Aufbruchs« zu verstehen, das etwas Neu- und Andersartiges in die Politik hineinträgt. Von einer tatsächlichen Innovation zu sprechen wäre wohl etwas verfrüht, allerdings erscheint der deutsche Sonderfall tatsächlich mit der »Parteihaftigkeit« der Piraten verbunden. Schließlich haben in vielen Ländern ähnliche Kontexte und Szenarien zur Gründung von Piratenparteien geführt, das Verdienst der »Markteinführung« gebührt dabei der schwedischen Piratpartiet. Doch während dort auf den Höhenflug ein ebenso plötzlicher Absturz erfolgt ist und in vielen anderen Ländern die Piraten im Status der Kleinstparteien verharren, scheint allein in Deutschland ein kontinuierliches Wachstum von Organisationsstruktur und Wählerschaft und damit ein langsames Einsickern in das Parteiensystem stattzufinden.

Dabei erscheint gerade die Organisationsform der Partei als eine unwahrscheinliche Entwicklung – das Konzept der Mitgliederpartei gilt schon seit längerem als krisenbehaftet, sowohl in der Organisationswirklichkeit wie auch in der politikwissenschaftlichen Forschung dominiert seit einigen Jahren die Perspektive auf die verschiedenen Mangelercheinungen: Mitgliederschwund, Überalterung, schwindende Beteiligungsmöglichkeiten, mangelnde Problemlösungskompetenz, Verfall gesellschaftlicher Anerkennung (Leggewie 2012). Darüber hinaus zeichnet sich die Debatte über die »Wirkungen« des Internets auf die Politik vor allem durch die Vermutung aus, dass Beschleunigung, Unordnung und Übersichtlichkeit des neuartigen Kommunikations- und Kulturraums eher zu einer »Zerfaserung« politischer Beteiligung und der Fragmentierung politischer Öffentlichkeit führt. Anders ausgedrückt: Wenn es so viele Möglichkeiten für eine kurzfristige, bequeme, niederschwellige Online-Beteiligung durch digitale Petitionen oder virtuelle Unterschriftensammlungen gibt, mit Bürgerhaushalten, Mediationsverfahren oder Open-Data-Anwendungen anspruchsvolle Partizipationsexperimente gemacht werden und sogar Formen

virtuellen Ungehorsams bis hin zu grenzüberschreitenden Interventionen im Stile von Anonymus als etabliert gelten können, warum bürdet sich dann eine stetig wachsende Zahl von Menschen die Last der gesetzlich festgeschriebenen, bürokratisch eingebetteten Parteiarbeit auf?

Und doch liegt ein maßgeblicher Grund für den Erfolg der Piraten in Deutschland gerade in der Wahl der Organisationsform – denn ähnlich wie im Fall der Obama-Kandidatur, aber auch bei den US-spezifischen Entwicklungen der Tea Party Patriots oder der Occupy-Bewegung – spielt weniger die Besetzung neuer Themen oder gar das Angebot neuer inhaltlicher Lösungen die herausragende Rolle. Der thematische Fokus auf das Feld der Netzpolitik hat vielleicht in der zweiten Gründungsphase der Partei im Jahr 2009 eine Rolle gespielt – allerdings weniger aus einer intrinsischen Motivation heraus, denn als Reaktion auf einen defizitären Prozess der Politikformulierung mit gefühlten radikalen Folgen für die digitale Lebenswelt. Der Versuch einer Einführung von Internetsperren hat zunächst einmal »nur« zu einer Politisierung geführt, die sich in der unmittelbaren zeitlichen Nähe zwischen Europa- und Bundestagswahl günstig für die Piratenpartei als neuartiger »Power Container« ausgewirkt hat, gerade weil die Bundestagsparteien ein breites Unverständnis sowohl für die inhaltliche Dimension wie auch die gesellschaftspolitische Tragweite des Gesetzesvorschlags an den Tag gelegt hatten. Die Zensursula-Kampagne löste dabei einen ganz ähnlichen Schlüsselreiz aus wie in der Folge die US-amerikanischen Proteste gegen den Stop Online Piracy Act (SOPA) oder die europaweiten Demonstrationen gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Durch diesen spezifischen Entstehungskontext steht in Deutschland mit der Piratenpartei nun ein geeigneter »Auffangbehälter« für ein derart motiviertes politisches Vertretungsinteresse bereit, doch mit Blick auf den weiteren Werdegang zeigt sich, dass die These von der Ein-Themen-Partei eine verkürzte oder nur für einen bestimmten Zeitraum gültige Sichtweise bietet.

Sehr gut illustrieren lässt sich die relative Unwichtigkeit der Policy-Dimension entlang der Erfolge bei den Landtagswahlen in Berlin und dem Saarland – zwei Schauplätzen, die gegensätzlicher nicht hätten sein können. Auf der einen Seite der internetaffine Hauptstadttraum, in dem sich die bundespolitischen Akteure der »Netzpolitik« und ein großes Piratenlager drängen, auf der anderen ein kleiner Flächenstaat mit geringem Online-Interesse in der Bevölkerung und einem der kleinsten Landesverbände. Darüber hinaus war die Wahl in Berlin als Schlüsselwahl markiert worden, nachdem sich das Superwahljahr 2011 bis zum Herbst als eine längere »Ernüchterungsphase« mit stagnierenden Wahlergebnissen entpuppt hatte. Im Saarland dagegen blieben vom Bruch der Jamaika-Koalition am Dreikönigstag bis zur Neuwahl Ende März nur etwas mehr als zwei Monate für die Entwicklung eines Wahlprogramms, die Nominierung von Kandidaten sowie vor allem die Überwindung der formalen Hürden für die Zulassung zur Wahl. In beiden Fällen aber gelang der Piratenpartei der Sprung

in die Länderparlamente, und dies mit »viel Luft« über der Fünf-Prozent-Hürde, an der so viele Eintagsparteien gescheitert sind. Insbesondere der Erfolg in Saarbrücken dokumentiert dabei die relative Unwichtigkeit eines scharfen programmatischen Profils – für viele Wähler lag der Schlüssel zur Wahlentscheidung eher in der Wahrnehmung der Piraten als ein Versprechen auf eine neue Form der Teilhabe am politischen Prozess.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass sich gerade der »Zwang zum Analogen«, der aus dem formalen Rahmen des Parteiengesetzes resultiert, für die Piratenpartei als außerordentlich hilfreich erwiesen hat – die Notwendigkeit zur Sammlung von Unterstützerüberschriften für Wahlvorschläge hat seit 2009 als eine willkommene Ergänzung zur ohnehin starken Online-Präsenz gewirkt. Schon vor dem Beginn des klassischen Straßenwahlkampfes muss sich die Partei mit den herkömmlichen Mitteln der Bürgeransprache auseinandersetzen, um überhaupt formal in den Parteienwettbewerb eingreifen zu können. Dieses Wechselspiel zwischen digitaler und analoger Kommunikation und Organisation lässt sich auch an anderen Stellen beobachten, die vergleichsweise langsam in den Fokus der Öffentlichkeit geraten: Neben dem gerne als »exotisch« bezeichneten, aber gerade strukturell lebenswichtigen Offline-Wahlkampf liefern auch die Mitgliederversammlungen regelmäßig Zeugnisse für eine Beteiligungskultur, die nicht nur digitale, sondern auch analoge »Andersartigkeit« ausdrückt. So war der Offenbacher Bundestag vom Dezember 2012 nicht allein durch die Unmengen aufgeklappter Notebooks (und kleineren Displays) gekennzeichnet, sondern auch durch lange Schlangen an den Saalmikrofonen oder die Verschränkung von Abläufen zwischen digitalem und realem Raum, was eher an ein übergroßes Barcamp als an einen Parteitag erinnerte.

Die im Rahmen solcher Zusammenkünfte sichtbare Zugangs- und Ergebnisoffenheit der Kommunikations- und Organisationsprozesse verweist auf das mehrschichtige Innovationspotential, das sich im Entstehungsprozess der Piratenpartei zeigt. Während aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive zunächst die inhaltlichen Aspekte der Netzpolitik als »Politikfeld in Gründung« ein wesentliches Charaktermerkmal der Piratenpartei darzustellen schienen, so verschiebt sich dieser Fokus mit jeder Wahl ein wenig mehr in Richtung der Prozessdimension: Nicht so sehr die inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen digitaler Bürgerrechte, Netzneutralität oder der Modernisierung des Urheberrechts konturieren den Markenkern der Partei, sondern eher Arrangement und Stil der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung, bis hin zur Vermittlung gegenüber den Medien und den Import in das politische Institutionensystem.

LIQUID DEMOCRACY

An der Schnittfläche von Substanz- und Prozessdimension stehen schließlich die spezifischen Verkörperungen des Innovationsansatzes, der aus der internetbasierten Entwicklungsgeschichte der Piratenpartei resultiert: Es sind die vielfältigen Kommunikationstechniken und Plattformen, die zum kommunikativen Alltag einer klassischen politischen Organisationsstruktur geworden sind. Anders als die etablierten Parteien hat die Piratenpartei dabei nicht das Problem, Techniken und Stile der Online-Kommunikation in eine nur bedingt internetaffine Organisationskultur integrieren zu müssen. Vielmehr verhält es sich umgekehrt: Für viele – wenngleich längst nicht für alle – Parteimitglieder ist die Nutzung des Internets zu einem festen Bestandteil von Alltag und Lebenswelt geworden, vor diesem Hintergrund entwickelt sich gerade die spezifische Kultur der innerparteilichen Kommunikation. Am deutlichsten sichtbar sind die Unterschiede beim Blick auf den Einsatz von Blogs, Chat-Umgebungen, kollektiven Texteditoren oder den technologischen Realisierungen von »Liquid Feedback« als Werkzeug einer innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung. Es ist kein Zufall, dass gerade an dieser Stelle seitens der etablierten Parteien erste Lerneffekte zu beobachten sind: individuell durch einzelne Politiker, die neue Kommunikationstechniken entdecken, kollektiv durch einzelne Parteien oder Gremien, die innerhalb konkreter Verfahren mit »Liquid Democracy«-Plattformen experimentieren.

Bis auf weiteres dürften jedoch die internen Meinungsbildungsprozesse der Piratenpartei die wesentliche Testumgebung für eine softwarebasierte Unterstützung demokratischer Entscheidungsfindung sein. An dieser Stelle zeigt sich ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des deutschen Phänomens, das eng mit der Form der Partei verbunden ist – gerade weil Parteien die dominierenden Akteure im politischen System der BRD sind, kommt der Qualität der innerparteilichen Demokratie eine große Bedeutung zu. Insofern ist es konsequent, dass der Modernisierungsansatz die Verfahren einer »Liquid Democracy« als technologieorientierte Umsetzung des abstrakten Konzepts der »deliberativen Demokratie« (vgl. Habermas 1992/Macedo 1999/Fishkin 2009) als Kernelement identifiziert und als Kritik an »klassisch-repräsentativen« Verfahren positioniert. Technologische Umsetzungen stellen dabei den themenorientierten Zugang in den Vordergrund und ermöglichen eine offene, sachorientierte Diskussion, in deren Verlauf sich die Teilnehmer argumentierend und gestaltend einbringen können. Zur Disposition steht dabei auch die Einschätzung eigener Expertise im Verhältnis zum jeweils verhandelten Gegenstand: Wer sich selbst für nicht ausreichend informiert (oder voreingenommen) hält, kann prinzipiell das Stimmrecht auf andere Personen übertragen, die über eine höhere Sachkompetenz (oder eine neutrale Position) zu verfügen scheinen. Auf der Prozessebene wirkt diese Integration von Ansätzen eines »Delegate Voting« als

wichtige Innovation, da hierdurch eine Gegenposition zu den üblichen Strukturbildungen innerhalb von Parteiorganisationen bezogen wird, die auf die pauschale Übertragung von Verantwortung innerhalb eines fixierten und hierarchischen Delegiertensystems zielen: Die Basis bestimmt in einem mehrstufigen Prozess Entscheidungsakteure, die über Bezirksversammlungen, Landes- und Bundesparteitage organisiert sind und an deren Spitze der Vorstand als Parteielite thront. Bei einer flächendeckenden Anwendung des Modells und der Verfahren von »Liquid Democracy« könnte tatsächlich für eine breitere Beteiligung der Parteibasis an Entscheidungsvorgängen gesorgt werden. Allerdings sagt die flexible Einbindung einer größeren Zahl von Teilnehmern noch nichts über die Qualität von Entscheidungen aus – denkbar sind schließlich auch »flüssige Hierarchisierungen«, etwa wenn sich über einen längeren Zeitraum besonders vertrauenswürdige Personen zu »Super-Delegierten« mit besonderem Stimmgewicht entwickeln. In der Zeit bis zur kommenden Bundestagswahl liefert die Piratenpartei mit der Entwicklung programmatischer Positionen, der Klärung von Standpunkten in tagespolitischen Debatten, aber auch mit den Prozessen der Kandidatenselektion eine Vielzahl von Experimenten, die hier erste Hinweise liefern können. Die Herausforderung ist keine geringe: Als »Gegenüber« dieses Modernisierungsprozesses erscheinen jedoch jene von Robert Michels beobachteten »Tendenzen des Gruppenlebens«, die als »ehernes Gesetz der Oligarchie« bezeichnet werden.

DAS ANDERE UND DAS NEUE IN DER POLITIK

Jenseits der Bezugnahmen auf das Politikfeld Netzpolitik als »inhaltlichen Markenkern« einer inzwischen durchlaufenen »Start-Up«-Phase der Piratenpartei und diffusen, jedoch zu kurz greifenden Proteststimmungen angesichts einer latenten Parteien- und Politikerverdrossenheit betonen aktuelle Erklärungsversuche vor allem die »Andersartigkeit« der Gruppierung. So unscharf dieser Begriff auch sein mag, so zutreffend ist er gleich in mehreren Dimensionen: Parteimitglieder (Alter, politische und kommunikative Sozialisation), Wählerschaft (Jung- und Nichtwähler), Zusammenarbeit (Online-Kollaboration, »Liquid Democracy«), Themen und Werte (Transparenz, »Postprivacy«, »Postgender«).

Vor allem entlang des häufig herangezogenen Vergleichs mit den Grünen wird die These der Andersartigkeit in einen politischen Kontext eingebettet: Gibt es ähnlich wie in den 1970er und 1980er Jahren eine breite gesellschaftliche Bewegung »hinter« einer politischen Avantgarde? Eine naheliegende Vermutung zielt hier auf das Internet als Kommunikations-, Interaktions- und Kulturraum (vgl. Helmerts/Hoffmann/Hofmann 1998), der in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf verschiedenste Weise in den Bereich der Politik hineingewirkt hat. Im Vordergrund standen dabei meist »Oberflächeneffekte«, die in der Folge

konkreter Anwendungen, Formate und Plattformen von politischen Akteuren adaptiert worden sind: virtuelle Parteienkommunikation, Online-Wahlkampf, Protest im Internet, E-Government und andere Elemente »digitaler Demokratisierung« (vgl. Leggewie/Maar 1998; Bieber 1999; Leggewie/Bieber 2003). Die möglicherweise weitaus wichtigeren Entwicklungen fanden dagegen im Verborgenen statt, gerade weil Computer vielen als »anders« markierten Menschen zunächst Rückzugs- und mit der aufkommenden Vernetzung schließlich Kommunikationsräume geboten haben. Die Rede ist hier von den »Nerds«, die mancherorts bereits als die kommende gesellschaftliche Produktivkraft oder gar Elite bezeichnet werden – eine kulturhistorische Perspektive, die sowohl über den Computer- wie auch den Politikbezug des Begriffs hinausgeht, fördert tatsächlich neue Perspektiven zum Verständnis eines »anderen Zugangs« zu gesellschaftlichen Problemen zutage. Dabei wird deutlich, dass gerade nicht eine spezifische »Computerfixierung« der Grund für ein neu gewecktes politisches Interesse ist, sondern vielmehr ein – für viele, nicht für alle – gemeinsamer sozialer Erfahrungsraum besteht, der als Resonanzboden für politisches Handeln fungiert.

Neben den von der bisherigen Norm abweichenden Personal- und Prozessstrukturen hat die Piratenpartei auch einige andere thematische Akzente in die öffentliche Diskussion eingebracht – oder mindestens verstärkt: Es sind die Standpunkte zur Offenheit und Sichtbarkeit politischer Prozesse, die sich vor allem im Schlagwort der »Transparenz« verdichten, aber auch neue Positionen zum Umgang mit persönlichen Informationen und Privatheit sowie das gleich mehrfach aufgeladene Reizthema »Postgender«. Die zahlreichen Verweise auf die Abwesenheit von Lösungen für diese Debatten eignen sich jedoch kaum für eine Kritik – substanzielle Auseinandersetzungen mit derartigen Fragen befinden sich an etablierten Diskursorten (Parlament, Feuilleton, Salon, Talkshow, Stammtisch) erst noch im Anfangsstadium.

An dieser Stelle ließe sich aus den als »anders« – und damit vorsichtig negativ – codierten Effekten auch ein eher positiv bewerteter Impuls des »Neuen« konstruieren. 1994 (als die ersten grafischen Benutzeroberflächen das World Wide Web erfahrbar machten) hatte der Autor des Nachwortes zu diesem Band notiert:

»Skeptische Vorwärtsempfasse ist das Signum der Moderne. Sie will das Überraschende und Niedagewesene und bringt es in einem Maß hervor, daß den Menschen gelegentlich angst und bange wird. [...] Was das Neue ist, unterliegt jedoch selbst permanenter Infragestellung und ständiger Innovation« (Leggewie 1994: 4).

Die Qualität des Politischen besteht bereits darin, dass sich Menschen vor dem Hintergrund harter, gewachsener Sachzwänge und Pfadabhängigkeiten *against all odds* daran machen, gemeinsam etwas Neues zu wollen und einen Anfang

machen (vgl. Arendt 1963). Die Piratenpartei markiert in dieser Perspektive auf eine ebenso konstruktive wie kontroverse Art und Weise eine Seitwärtsbewegung – digital ist nicht zwingend besser, aber auf jeden Fall anders. Passend mutet an dieser Stelle der Rückgriff auf ein schon etwas älteres Konzept politischer Kreativität an – John Dewey hat sich 1937 mit den Grundvoraussetzungen demokratischer Erneuerung auseinandergesetzt und dabei festgestellt, dass ein Grund für die Stagnation politischer Systeme vor allem das Verlassen auf altergebrachte Automatismen ist: »[A]s if our ancestors had succeeded in setting up a machine that solved the problem of perpetual motion in politics« (Dewey 1976: 225). Genau an dieser Stelle scheint aber das Entern/Ändern der Piraten anzusetzen – mit der Infragestellung gängiger Routinen des politischen Systems und dem Verweis auf eine mindestens theoretisch realisierbare Utopie digital motivierter Andersartigkeit.

Angesichts des politischen Biedermeier der bundesrepublikanischen Gegenwart mag es kaum verwundern, dass zentrale gesellschaftspolitische Fragen der Digitalisierung gerade weit abseits der Piratenpartei diskutiert werden: das »gemeinschaftliche Alleinsein«, das die Psychologin Sherry Turkle in ihrer Studie *Alone Together* als Grundgefühl einer Generation von Heranwachsenden skizziert, lässt sich durchaus als Basisbefindlichkeit der Piraten verstehen (vgl. Turkle 2011). Douglas Rushkoff hat in seinem Manifest *Program or be Programmed* zehn Leitsätze formuliert, die einer »Bürgerrechtspartei der Informationsgesellschaft« gut zu Gesicht stünden. Die Humangeografen Rob Kitchin und Martin Dodge entwickeln in ihrer Untersuchung *Code/Space* ein Modell, mit dessen Hilfe sich die Bedeutung formalisierter Handlungsanweisungen aus der Umwelt der Software-Entwicklung in den Bereich der Politik übertragen lässt: »Software needs to be understood as an actant in the world – it augments, supplements, mediates, and regulates our lives and opens up new possibilities – but not in a deterministic way« (Kitchin/Dodge 2011: 44).

Die hier notierte Ergebnisoffenheit liefert das weitaus passendere Bild für die aktuelle Zustandsbeschreibung einer Partei, die zumeist als beliebig und chaotisch porträtiert wird. Insofern erscheint der Werdegang der neuen Partei zwar als unerwartbar, aber eben nicht unrealistisch: Es ist der Unwahrscheinlichkeitsdrive der Piraten (vgl. Adams 1981).

UNTER PIRATEN – ÜBER DAS BUCH

Die Herausgeber dieses Bandes haben sich mit der Frage befasst, ob es für ein Urteil über Bilanzen und Potentiale der Piraten nicht zu früh ist. Angesichts einer bereits längeren Inkubationsphase »digitaler Demokratie«, die in den 1990er Jahren begann und mit den Social Media einen (ambivalenten) Schub erhielt, erscheint es uns eher so, dass jetzt eine Phase zu Ende geht, nach der

die politischen Systeme mächtigeren Erschütterungen ausgesetzt sein werden. Deswegen legen wir die folgenden Beiträge jetzt vor, weil sie zum einen Politisches aus Politischem erklären, zum anderen, weil sie Innovationsprozesse im Bereich der politischen Kultur analysieren, die seit längerem anhalten und den »Short-Termism« des von Wahlen, Talkshows und Umfragen bedrängten Politikbetriebs übersteigen.

Um die ganz unterschiedlichen Impulse aufzuzeigen und den auf vielfältige Weise ineinandergreifenden Entwicklungen ansatzweise gerecht zu werden, gliedert sich der vorliegende Band in drei Abschnitte: *Entern – Ändern – Neustart*. Dabei wird zugleich der Ablauf einer unscharfen Übergangssequenz nachgezeichnet, die gleichermaßen von Dynamik und Ergebnisoffenheit gekennzeichnet ist. Die in den jeweiligen Abschnitten versammelten Beiträge sind dennoch heterogen – die Gründe dafür liegen in der Vielzahl der wissenschaftlichen Disziplinen und den je spezifischen Ansatzpunkten für die einzelnen Beiträge. Dennoch ergänzen sich die vorliegenden Texte sowohl innerhalb der drei Abschnitte als auch quer zu dieser virtuellen Einhegung.

Im Abschnitt *Entern* sind Beiträge zusammengefasst, die Bewegungsimpulse aufgreifen und das Motiv des Eindringens in die politische Sphäre in den Mittelpunkt stellen. Dabei wird ein breites Spektrum aufgefächert, neben soziologischen, kultur- und politikwissenschaftlichen Perspektiven finden sich auch aktuelle Eindrücke zu verwandten Phänomenen aus den USA sowie ein farbiger Einwurf aus der Welt des Marketing. Den Auftakt machen dabei *Leonard Dobusch* und *Kirsten Gollatz*, die eine Bestandsaufnahme der Entstehungsprozesse von Piratenparteien im internationalen Kontext vorlegen. Auf dieser Grundlage formulieren sie ihre zentrale These: Der Erfolg der Piraten ist nur unter Berücksichtigung der transnationalen Dimension verstehbar, die auf das Zusammenwirken grenzüberschreitender und lokaler Praktiken national rückgebundener Akteure zurückgeht. Mit den spezifisch deutschen Umgebungsvariablen beschäftigt sich dagegen *Alexander Hensel*, der den Zusammenhang zwischen Partei, Kultur und Gesellschaft aus der Perspektive der Milieuforschung erschließt. Er skizziert dabei zunächst die Konturen eines Milieus der Internetkultur und attestiert den Piraten dann eine intakte Bindung daran – dadurch verfügen sie über funktionsfähige gesellschaftliche Seismografen für neue Fragen, Probleme und Stimmungen. *Matthias Mertens* entfernt sich in seiner kulturhistorischen Annäherung zunächst einmal von den Piraten und untersucht stattdessen die Wurzeln des Begriffs des »Nerds«. Aus der Verankerung in der US-amerikanischen Jugend- und Populärkultur zieht er eine überraschende Verbindungslinie zu den Piraten – denn für Nerds sind mitnichten Computer und Internet das essentielle Thema, sondern der uneingeschränkte Zugang zu Sozialstrukturen. Einen aktuellen Bericht von zwei Großbaustellen der Demokratie in Amerika liefert der Beitrag von *Lawrence Lessig*, der seine Erfahrungen mit Anhängern der Tea Party und Aktivisten der Occupy-Bewe-

gung schildert. Im Zentrum steht in diesem Auszug aus seinem gerade erst erschienenen Essay *One Way Forward* die Leidenschaft, mit der Bürger von ganz unterschiedlichen Enden des politischen Spektrums den Weg zu einer aktiven politischen Einflussnahme suchen – und ihn gerade in der Verbindung mit der Nutzung neuer Technologien zu finden scheinen. Den Schlusspunkt des ersten Abschnitts markiert eine Reflexion über die Farbe Orange als visueller Akzent in ganz unterschiedlichen politischen Kontexten. *Claudio Gallio* beschreibt den Werdegang eines Kindes der 1970er Jahre, das sich in vielen gesellschaftlichen, politischen und kommerziellen Umfeldern behaupten musste. Die Piratenpartei könnte dazu beitragen, dass sich das ehemalige »Gelbrot« von der flüchtigen Protest- zur etablierten Lagerfarbe verwandelt.

Der zweite Abschnitt mit dem Titel *Ändern* greift Impulse auf, die dazu geeignet scheinen, sowohl programmatische Konturen wie auch das Koordinatensystem eines gerade entstehenden Wertehorizonts abzubilden. Beinahe automatisch gerät dabei auch die Verfasstheit der Piratenpartei als sich selbst gerade erst kennennlernende Gruppe in den Blick. *Michael Seemann* entwickelt mit dem Begriff der »Plattformneutralität« dabei ein Leitmotiv für das politische Denken der Piraten. Auch abseits des Internets geht es darum, jene wichtigen Infrastrukturen zu identifizieren, die gesellschaftlichen Austausch ermöglichen und die ihren diskriminierungsfreien Zugang und Betrieb gewährleisten. Erste Beispiele für eine Übersetzung in politische Ziele liefern demzufolge das Bedingungslose Grundeinkommen, die Trennung von Kirche und Staat oder auch der vielfach diskutierte fahrscheinlose öffentliche Nahverkehr. Mit der in der öffentlichen Diskussion ebenfalls der Piratenpartei zugeschriebenen Thematik der Transparenz setzt sich *Frieder Vogelmann* auseinander. Den Schwerpunkt legt er jedoch nicht auf die Formulierung konkreter Forderungen nach mehr Sichtbarkeit im Politikbetrieb, vielmehr stehen die internen Logiken und Zwänge im Vordergrund, die mit dem Transparenzbegriff als strategisch ausgerichtete Vorstellung des Politischen einhergehen. Auf »programmatische Schatzsuche« gehen *Silke Helfrich* und *Daniel Constein*, die Möglichkeiten zur Übertragung des Prinzips des »Commoning« in das politische Koordinatensystem der Piraten ausloten. Ansatzpunkt für die Argumentation sind jene Ressourcen, die niemandem allein gehören, da sie nicht individuell produziert worden sind (Wasser, Land oder genetischer Code). Mit einer ganz anderen, aber doch verwandten Form von Gemeinschaft beschäftigt sich *Kai-Uwe Hellmann*, der den Veranstaltungstyp der Barcamps beleuchtet. Diese weitgehend selbstorganisierten »kommunikativen Treffpunkte« leisten einen Beitrag zur Stabilisierung einer noch jungen Szene und stellen wichtige Verbindungen zwischen digitaler und analoger Kommunikation und Organisation her. *Dirk von Gehlen* setzt sich kritisch mit dem Gründungsthema der Piratenpartei(en) auseinander und fragt nach konkreten Akzenten im Bereich der Modernisierung des Urheberrechts. Als wichtiger Bestandteil der netzpolitischen Debatte werden Fragen zu

Copyright, digitaler Kopie oder Leistungsschutzrecht bisweilen als »digitaler Umweltschutz« skizziert. Das macht sie nach wie vor bedeutsam, trotz einer sinkenden Bedeutung für die Entwicklung programmatischer Eckpunkte der deutschen Piraten. Das längst nicht nur für die Piraten wichtige Thema von Geschlechterdifferenzen und Geschlechterpolitik stellen *Paula-Irene Villa* und *Jasmin Siri* ins Zentrum ihres Beitrags. Mit einem materialreichen Blick in das Programm und vor allem in die Netzpraxen in und um die Partei zeigen sie, dass – entgegen vielfacher Annahmen in der politischen Beobachtung – tatsächlich Debatten um das Thema Geschlecht geführt werden. Dabei entsteht ein vieldimensionales Bild der Piraten, die weder ein männerbündischer Club noch eine Ein-Punkt-Partei realitätsentfremdeter Nerds sind – aber eben auch keine selige »Postgender-Utopia«.

Der Abschnitt *Neustart* fragt nach den Wirkungen von Impulsen und Änderungsansätzen für Parteienlandschaft und politisches System. Dabei geht es weniger um die Beschreibung konkreter Effekte auf oder das Vorausahnen möglicher Umformungen von Akteuren und Institutionen. Vielmehr wird herausgearbeitet, innerhalb welcher sozialwissenschaftlicher Perspektiven und Debatten wahrscheinliche Schnittflächen und Anschlussstellen bestehen. *Jörn Lamla* und *Hartmut Rosa* und fragen dabei zunächst, auf welche gesellschaftliche Problemlage die Piraten als Beschleunigungsphänomen und Experiment reagieren. In ihrer Untersuchung von Prozess- und Substanzproblemen moderner Gesellschaften stellen sie auch einen Bezug zur Entstehung der Grünen her – als verbindendes Element wird dabei die Bedrohung eines Autonomiepotentials beschrieben, das einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund ausmacht. Den Eingriffen in die analoge Lebenspraxis der 1970er und 1980er Jahre (von der natürlichen Umwelt bis hin zur kulturellen Selbstbestimmung) stehen nun staatliche Regulierungsversuche in die aus den Potentialen digitaler Medien entstandenen Kommunikationsräume und Lebenswelten gegenüber. Der Parteibildungsprozess steht auch im Beitrag von *Sigrid Baringhorst* und *Mundo Yang* im Vordergrund, allerdings mit einem starken Akzent auf die digitalen Protestkulturen im Internet. Die radikalen Ansätze, die sich in den Aktivitäten von Anonymus oder WikiLeaks zeigen, schließen neben den konkreten Aktionsformen auch ein alternatives Repräsentationsverständnis ein. Die Piraten betätigen sich dabei bislang als eine Art Transformator, dem es gelingt, Organisationsstrukturen und Ästhetik netzbasierten Protests in parteipolitische Alltagspraktiken zu übertragen. Dass die inhaltlichen wie organisatorischen Modernisierungsimpulse der Piraten den etablierten Parteien nicht verborgen geblieben sind, beschreibt *Karl-Rudolf Korte* am Beispiel des »Altmaier-Effekts«. Anhand des Erweckungserlebnisses des parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag skizziert er einen dreifachen Horizont des Lernens für politische Parteien. Unterschieden werden eher »handwerkliche« Lernprozesse von kom-

plexeren Formen, die Ziele und handlungsleitende Annahmen adressieren. Auf der dritten Stufe steht das Problemlösungslernen selbst. Auch die Piraten sind in dieser mehrdimensionalen Lernkonstellation längst nicht optimal aufgestellt. *Stefan Marschall* überprüft anhand der bisherigen Erfolge der Piratenpartei die Perspektiven von Ein-Themen-Parteien im politischen System Deutschlands. Sowohl gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (Heterogenisierung) wie auch konkrete Tendenzen im Wahlverhalten (Sachfrageorientierung) deuten dabei auf eine vielversprechende Zukunft von Ein-Themen-Parteien hin. Die Piraten profitieren dabei durch ihre Performanz als eine kampagnen- und organisationsfähige Partei, und auch das mit ihnen verknüpfte Issue der Netzpolitik wird dadurch verstärkt. Eine Annäherung an die programmatischen Positionen der Piraten nehmen schließlich *Thorsten Faas* und *Marc Debus* vor, die dafür den »Wahl-O-Mat« der Bundeszentrale für politische Bildung nicht aus der Wähler-, sondern aus der Parteienperspektive genutzt haben. Die Grundlage dieses digitalen politischen Bildungswerkzeugs sind 38 Standpunkte, die ein inhaltliches Profil der Parteien ergeben. Aus der Errechnung eines »Übereinstimmungsindex« zwischen den Parteipositionen wird eine Verortung der Piraten im Parteienwettbewerb vorgenommen – diese erfolgt dabei recht deutlich im linken Spektrum der Parteienlandschaft mit überraschend klaren Abständen zum »gefühlten« Hauptkonkurrenten FDP.

Für eine abschließende Einrahmung der Beiträge des Bandes sorgt die skeptische Nachbemerkung von *Claus Leggewie*, der sich mit der Frage auseinandersetzt, ob die Piraten mit dem politischen Produktionsmittel Internet dieses als Distributionsmittel nicht falsch einschätzen. Mit Blick auf die spezifischen Erfahrungen anderer Protestbewegungen mit den Machtstrukturen medialer Öffentlichkeit könnte daraus die Unterschätzung eines Hauptgegners resultieren: der Produzenten und Eigentümer digitaler Medien-Infrastruktur wie Apple, Google oder Facebook. Ob es dabei mittel- oder langfristig zu einer Entwertung digitaler Deliberationsprozesse im Strudel von »Gefällt mir«-Klicks kommt, ist allerdings ebenso offen wie die Performance der Piratenpartei in den kommenden Wahlen.

LITERATUR

- Adams, Douglas (1981): *Per Anhalter durch die Galaxis*. München.
- Arendt, Hannah (1963): *Über die Revolution*. München.
- Bieber, Christoph (1999): *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.
- Bieber, Christoph (2010): *politik digital. Online zum Wähler*. Salzhemmendorf.

- Dewey, John (1976): *Creative Democracy: The Task Before Us*. In: Boydston, Jo Ann (Hg.): *John Dewey: The Later Works. 1925-1953*. Bd. 14. Carbondale, S. 224-230.
- Fishkin, James (2009): *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. New York.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a.M.
- Helmers, Sabine/Hoffmann, Ute/Hofmann, Jeanette (1998): *Internet ... The Final Frontier: Eine Ethnographie. Schlußbericht des Projekts »Interaktionsraum Internet. Netzkultur und Netzwerkorganisation«*. WZB Discussion Paper FS II. Berlin, S. 98-112.
- Kitchin, Rob/Dodge, Martin (2011): *Code/Space. Software and Everyday Life*. Cambridge/Mass.
- Leggewie, Claus (1994): *Politische Kreativität*. In: ders. (Hg.): *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*. Darmstadt.
- Leggewie, Claus (2012): *Regierende und Regierte*. In: Korte, Karl-Rudolf/Grun- den, Timo (Hg.): *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden, i.E.
- Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hg.) (1998): *Internet und Politik. Von der Zu- schauer- zur Beteiligungsdemokratie*. Köln.
- Leggewie, Claus/Bieber, Christoph (2003): *Demokratie 2.0 – Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei?* In: Offe, Claus (Hg.): *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*. Frankfurt, S. 124-151.
- Macedo, Stephen (Hg.) (1999): *Deliberative Politics: Essays on Democracy and Disagreement*. New York.
- Rushkoff, Douglas (2010): *Program or Be Programmed. Ten Commands for a Digital Age*. New York.
- Turkle, Sherry (2011): *Alone Together. Why We Expect More from Technology and Less from Each Other*. New York.